

Zukunftsthemen der Mosaiklinken

von ■ Jörg Reitzig



Als der Begriff »Mosaik-Linke« 2009 in die Welt kam, regierte Angela Merkel in ihrer ersten Legislaturperiode, und Hartz IV war gerade vier Jahre alt. Das globale Sozialprodukt sank infolge der

Finanzmarkt-
krise erstmals
seit 60 Jahren, und die

Forum Gewerkschaften

Klimapolitik steuerte mit dem Scheitern der UN-Konferenz in Kopenhagen auf einen Tiefpunkt zu.

Gegen diese triste Realität gewandt, stand der Mosaik-Begriff als Chiffre für ein plurales gegenhegemoniales Projekt, das den desaströsen Tendenzen des neoliberal-autoritären Kapitalismus die Perspektive einer sozialen und ökologischen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegensetzt. Seitdem entfaltet dieser Terminus ein produktives Potenzial als Bezugspunkt kollektiver Versuche, die Optionen linker Politik zu

identifizieren und transformative Perspektiven auszuloten.

**Brigitte Aulenbacher/Frank Deppe/
Klaus Dörre/Christoph Ehlscheid/
Klaus Pickshaus (Hrsg.):
Mosaiklinke Zukunftspfade –
Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft,
Münster: Verlag Westfälisches Dampf-
boot 2021, ISBN: 978-3-89691-064-6,
418 Seiten, 40 €**

Das nun erschienene Buch »Mosaiklinke Zukunftspfade« kann als Zwischenbilanz dieser Debatten gelesen werden. In 46 Beiträgen haben darin insgesamt 72 Autor:innen eine Bestandsaufnahme zu der Frage vorgelegt, »was unter den Bedingungen des Gegenwartskapitalismus unter fortschrittlicher Politik verstanden werden kann« (S. 16). Gewidmet ist der Band dem Gewerkschafter und Sozialwissenschaftler Hans-Jürgen Urban,

dem auch die geistige Urheberschaft der Mosaik-Metapher zukommt.

Die Herausgeber:innen haben die Beiträge in sechs Kapitel geordnet. Das erste Kapitel thematisiert den Titelbegriff selbst. Dabei geht es nicht um akademische Definitionsarbeit, sondern um (Bedingungen von) Lernen und (Voraussetzungen für) Verstehen im Hinblick auf die Bruchstellen der hegemonialen (Un-)Ordnung und daraus abzuleitende alternative Transformationspfade. So formuliert Brigitte Aulenbacher die Aufgabe, »Sorge- und Reproduktionsverantwortung neu zu denken« (S. 27) und mit dem Ansatz der Wirtschaftsdemokratie zusammenzubringen. Und Ulrich Brand argumentiert, dass die Erfahrungen mit der Kurzarbeit in der Coronakrise auch als Blaupause dafür taugen könnten, dass Erwerbsarbeit im Ergebnis einer sozial-ökologischen Transformation »nicht mehr eine wirtschaftliche Frage sein sollte, sondern (...) eine Garantie für materielle gesellschaftliche Teilhabe« (S. 57).

Im zweiten Kapitel geht es um die Frage nach dem politischen Mandat der Gewerkschaften. Hier diskutieren insbesondere Gewerkschafter:innen der IG Metall über Zukunftsaufgaben und den »Spagat zwischen Tageskampf und großen Zielen« (Jürgen Kerner). Bemerkenswert ist u.a. das Protokoll eines Gesprächs mit drei Bevollmächtigten aus unterschiedlichen Geschäftsstellen. Clarissa Bader (Ennepe-Ruhr-Wupper) fordert darin, vor dem Hintergrund der Coronakrise jetzt offensiver zu fragen, warum »die Reichen nicht zur Finanzierung der Pandemiefolgen herangezogen [werden]« (S. 111). Für Garnet Alps (Braunschweig) befindet sich die IG Metall hinsichtlich ihrer Beschlusslage zu guter Arbeit und Wirtschaftsdemokratie zwar auf dem richtigen Weg, muss für die Durchsetzungskraft aber gewerkschaftliche Organisationsmacht »zukünftig verstärkt auch in den wachsenden Feldern von Entwicklungs- und Office-Tätigkeiten« (S. 113) aufbauen. Und für Kerstin Klein (Köln-Leverkusen) ist gute Arbeit »auch klimapolitisch nachhaltige Arbeit« (S. 115). Spätestens im Gefolge der Weltfinanzkrise ist aber auch deutlich geworden, so Frank Deppe, dass sozialer Fortschritt und

entfesselter Kapitalismus nicht einfach friedlich koexistieren. Die Frage der Durchsetzung ist insofern immer auch eine der gesellschaftlichen Allianzen.

Wie es gelingen kann, weniger Kapitalismus und mehr Demokratie zusammen zu denken, ist Thema des *dritten Kapitels*. Christiane Benner erläutert die Relevanz der »Initiative Mitbestimmung« für das gesamte demokratische System, das durch die Dynamiken sozialer Ungleichheit zunehmend unter Druck gerät. Dem US-Soziologen Michael Burawoy zufolge erleben wir eine dritte »Welle der Vermarktlichung, in der die Ausbeutung fortgesetzt wird, sich sogar vertieft, aber nicht mehr die Kämpfe prägt« (S. 167). Wachsende Prekarität macht stabile Ausbeutungsverhältnisse für viele geradezu erstrebenswert und die Schere zwischen Arm und Reich vertieft die Legitimationskrise der liberalen Demokratie. Demgegenüber plädiert Burawoy für eine öffentliche (organische) Soziologie, die sich aktiv in den Gegenbewegungen gegen die Unterwerfung der Gesellschaft unter die »Teufelsmühlen des Marktes« verwurzelt. Eine solche Art gesellschaftspolitisches Organizing könnte aus seiner Sicht auch dazu beitragen, den Einfluss antidemokratischer Kräfte zurückzudrängen. Ähnlich fordert auch Richard Hyman, dem »Vormarsch der Unfreiheit« (S. 200) entgegenzuwirken, etwa durch »neue Formen des Engagements mit denjenigen, die am stärksten von der Vernichtung einstmals sicher erscheinender Freiheiten und Möglichkeiten betroffen sind« (ebd.).

Vor diesem Hintergrund werden im *vierten Kapitel* Anforderungen an die sozialstaatliche Erneuerung diskutiert. Gerhard Bäcker argumentiert anschaulich, dass die These, wonach ein hohes Beschäftigungsniveau durch ein niedriges Sozialleistungs- und Abgabenniveau sowie deregulierte Arbeitsmärkte zu erreichen ist, weder einer empirischen noch einer theoretischen Überprüfung standhält. Und obgleich die Coronakrise das Dogma der schwarzen Null beendet hat, warnt er vor der Wiederbelebung austeritätspolitischer Maxime beim Abbau pandemiebedingter Haushaltsdefizite. Insbesondere kritisiert er die Forderung nach einer grundgesetzlich

fixierten Sozialabgabenbremse in Höhe von 40 Prozent des Bruttoentgelts. Eine solche Festschreibung münde zwangsläufig in »rigorose Leistungskürzungen« (S. 222). Ginge es tatsächlich um eine Bestandaufnahme der Kosten sozialer Sicherung oder ihre gerechte Verteilung, so Katharina Grabietz und Stefanie Janczyk, »müssten die jetzt schon heimlich, still und leise von den Beschäftigten gezahlten Kosten mit auf den Tisch. Selbst bei einem moderaten Anstieg oberhalb der 40-Prozent-Grenze würde eine paritätische Aufteilung einer Entlastung der Beschäftigten gleichkommen« (S. 265). Ebenfalls deutlich wird aber auch, dass eine bloße Fortschreibung bestehender sozialstaatlicher Sicherungen nicht hinreichend ist.

Eine Schlüsselstellung kommt dabei den Bedingungen guter Arbeit zu, die im Mittelpunkt des *fünften Kapitels* stehen. Isabel Rothe und Beate Beermann betonen, dass es hier immer um ein Zusammenspiel von Verhaltens- und Verhältnisprävention geht. Gerade mit Blick auf die digitale Arbeit ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz aber auch gefordert, zu prüfen, ob »eine Bindung an die Strukturen der Normalarbeit noch zukunftsfähig ist« (S. 336). Dass die Entlastungspotenziale digitaler Technologien sich vielfach ins Gegenteil verkehren, liegt Sarah Nies und Wolfgang Menz zufolge aber vor allem daran, dass die Managementstrategien der indirekten Steuerung im Produktionsprozess zu neuen Belastungskonstellationen bei Beschäftigten führen infolge der »Zuspitzung von Widersprüchen zwischen gezielter Erweiterung von Selbstverantwortung und gegenläufigen Wirkungen durch die Beschneidung von Handlungsmöglichkeiten« (S. 343). Die daraus resultierenden Konflikte als Interessenkonflikte zu bearbeiten, skizzieren sie als eine der arbeitspolitischen Herausforderungen. Dass angesichts transnationaler Unternehmensaktivitäten dabei auch Bemühungen eine Rolle spielen müssen, die Interessen der Arbeitenden global zu verbinden, statt Konkurrenz zu verschärfen, wird in dem Beitrag von Nicole Mayer-Ahuja deutlich.

Das *sechste Kapitel* fokussiert schließlich die Europapolitik. So macht Martin Höpner darauf aufmerksam,

dass die in der Mitgliedschaft der IG Metall stark

vertretene Exportindustrie in einem Spannungsverhältnis steht zu der fortschrittlichen Perspektive, »die den Bedürfnissen der Binnensektoren stärker Rechnung trägt« (S. 388). Demgegenüber plädiert Hans-Jürgen Bieling dafür, die Chancen sozial-ökologischer Transformationsprozesse »an der Schnittstelle zwischen der europäischen und globalen Handlungskonstellation zu diskutieren« (S. 397) und für die Schaffung einer mosaiklinken europäischen Bewegung fruchtbar zu machen. Und Simon Dubbins von der britischen Gewerkschaft UNITE argumentiert angesichts eines wieder zunehmenden Nationalismus für eine stärkere europäische Kooperation und Koordination in der Gewerkschaftsarbeit. Die Erfahrungen mit dem Brexit, so Dubbins, sollten die Gewerkschaften als Warnung begreifen für zu spätes und unzureichendes Reagieren.

Insgesamt dokumentiert der Band zentrale Themen einer sozial-ökologischen Transformation und markiert Messpunkte fortschrittlicher Politik. Leerstellen in diesem nützlichen Konvolut der Mosaiklinken sind Positionen aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie aus Kunst und Kultur. Dabei verweist der Blick in die Geschichte, wie Steffen Lehndorff mit Bezug auf den New Deal in den 1930er Jahren erwähnt, auf die große vermittelnde Bedeutung gerade der Kulturschaffenden bei der Förderung des Wandels. Insofern bleibt auch in der Post-Merkel-Ära die Formierung gegenhegemonialer Perspektiven und Bewegungen eine Tagesaufgabe linker Politik. Denn gesellschaftlicher Fortschritt wird nicht ohne Konflikte mit denjenigen Kräften zu haben sein, die ihren Nutzen aus sozialer Spaltung und der Unterordnung von Mensch und Natur unter die Herrschaft des Marktes ziehen. Der vorgelegte Band liefert hierfür wichtige Impulse.